



Detailansicht des Registereintrags

LobbyControl - Initiative für Transparenz und Demokratie e. V.

Stand vom 30.05.2025 12:37:15 bis 30.06.2025 17:27:04

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000176
Ersteintrag:	26.01.2022
Letzte Änderung:	30.05.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	21.06.2024
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontaktdaten:	Adresse: Am Justizzentrum 7 50939 Köln Deutschland Telefonnummer: +492219957150 E-Mail-Adressen: kontakt@lobbycontrol.de Webseiten: www.lobbycontrol.de
Hauptstadtrepräsentanz:	Urbanstr. 95 10967 Berlin Telefonnummer: +4930467267211 E-Mail-Adresse: kontakt.berlin@lobbycontrol.de
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr:	01/23 bis 12/23
Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Sonstiges	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

360.001 bis 370.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

2,82

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Jutta Sundermann**
Funktion: Vorstand
2. **Astrid Schaffert**
Funktion: Vorstand
3. **Dr. Mattis Beckmannshagen**
Funktion: Vorstand
4. **Dr. Claus Neuberger**
Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):

1. **Timo Lange**
2. **Dr. Christina Deckwirth**
3. **Dr. Max Bank**
4. **Felix Duffy**
5. **Aurel Eschmann**
6. **Dr. Anja Nordmann**
7. **Kathrin Anhold**

Gesamtzahl der Mitglieder:

7.764 Mitglieder am 31.12.2023, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (3):

1. Allianz für Rechtssicherheit für politische Willensbildung, www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de
2. European Network of Corporate Observatories (ENCO), corpwatchers.eu
3. Initiative Konzernmacht beschränken, www.forumue.de/themen/handel/konzernmacht-initiative/

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (20):

Parlamentarisches Verfahren; Rechtsstellung der Abgeordneten; Wahlrecht; Sonstiges im Bereich "Bundestag"; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Institutionelle Fragen der EU; Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in der EU; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Kriminalitätsbekämpfung; Digitalisierung; Werbung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Politisches Leben, Parteien; Öffentliches Recht; Strafrecht; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Staatsorganisation; Verwaltungstransparenz/Open Government; Wettbewerbsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

LobbyControl kombiniert aktuelle Recherchen, wissenschaftliche Hintergrundanalysen, politische Bildungsarbeit und Kampagnen. Wir setzen uns ein für eine transparente und lebendige Demokratie. Wichtige Ziele sind eine ausgewogene und transparente Beteiligung an politischer Entscheidungsfindung und Gesetzgebung, die Vermeidung verdeckter Einflussnahme auf öffentliche Debatten und Wahlkämpfe sowie die Prävention von Korruption.

Gegenüber Bundestag und Bundesregierung engagiert LobbyControl sich für einen Transparenz und Integrität stärkenden Regelungsrahmen. Schwerpunkte sind dabei der Umgang mit Interessenkonflikten, die öffentliche Nachvollziehbarkeit von Lobbyarbeit und -einflüssen und das Zurückdrängen von einseitigen oder privilegierten Zugängen.

In diesem Zusammenhang sprechen wir politische Entscheidungsträger:innen direkt an, versenden offene Briefe und Stellungnahmen, nehmen an Anhörungen teil oder laden zu eigenen Veranstaltungen ein. Zudem adressieren wir Bundestag und Bundesregierung im Rahmen von öffentlichen Aktionen und Unterschriftenkampagnen und veröffentlichen Studien und Diskussionspapiere zu den genannten Schwerpunkten.

Konkrete Regelungsvorhaben (11)

1. **Richtlinienentwurf der EU-Kommission zur Transparenz der Interessenvertretung im Auftrag von Drittländern in vorliegender Fassung zurückweisen**

Beschreibung:

Wir halten den im Richtlinienentwurf der EU-Kommission verfolgten Ansatz für verfehlt. Wir setzen uns daher bei der Bundesregierung dafür ein, alternative Ansätze in Deutschland und auf EU-Ebene voranzubringen, um verdeckter oder manipulativer Einmischung in demokratische Prozesse in der EU durch staatliche Akteure aus Drittländern entgegenzuwirken.

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#)

2. Reform der Regeln für die Finanzierung politischer Parteien durch private Akteure**Beschreibung:**

Das Parteiengesetz sollte in mehrfacher Hinsicht geändert werden:

1. Für Spenden und Sponsoring der Parteien sollte eine Obergrenze von 50.000 Euro pro Zuwendendem, Partei und Jahr eingeführt werden.
2. Die Veröffentlichungsschwelle von Parteispenden in den Rechenschaftsberichten der Parteien sollte auf 2.000 Euro abgesenkt werden.
3. Spenden ab 10.000 Euro sollten unmittelbar veröffentlichungspflichtig sein.
4. Die Transparenz über Darlehen an Parteien sollte erhöht werden.
5. Die Kontrolle der Finanzen der Parteien sollte einer unabhängigen Stelle mit eigenen Ermittlungskompetenzen obliegen.

Ausführlicher sind unsere Forderungen im Bereich der Parteienfinanzierung im Lobbyreport 2024 dargestellt: <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/lobbyreport-2024-web.pdf>

Betroffenes geltendes Recht:

PartG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Politisches Leben, Parteien [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2503310164](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

3. EU-Antikorruptionsrichtlinie: Bundesregierung sollte sich für verbindliche Vorgaben insbesondere zur Korruptionsprävention einsetzen**Beschreibung:**

Wir setzen uns bei Bundesregierung und Bundestag dafür ein, dass Deutschland die EU-weite Angleichung von Straftatbeständen zur Bekämpfung der Korruption konstruktiv begleitet, wie es im Richtlinienentwurf vorgesehen ist. Außerdem sollte sich die Bundesregierung für die Maßnahmen zur Korruptionsprävention einsetzen, die ebenfalls in der Richtlinie vorgesehen sind.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Kriminalitätsbekämpfung [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [\[alle RV hierzu\]](#); Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in der EU [\[alle RV hierzu\]](#)

4. Einführung eines Transparenzgesetzes gemäß Koalitionsvertrag

Beschreibung:

Im Koalitionsvertrag haben SPD, Grüne und FDP vereinbart, ein Bundestransparenzgesetz vorzulegen. Damit soll das reformbedürftige Informationsfreiheitsgesetz durch eine moderne Regelung abgelöst werden. Diese sollteden Bürgerinnen und Bürgern nicht nur den Zugang zu Informationen der Verwaltung auf Antrag ermöglichen, sondern auch die öffentlichen Stellen zu einer aktiven Veröffentlichungsstrategie verpflichten. Hierfür setzen wir uns gemeinsam mit weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen ein.

Betroffenes geltendes Recht:

IFG [alle RV hierzu]; IFGGebV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]

5. Verbesserte Verfahren zum Umgang mit Interessenkonflikten in den Bundesministerien

Beschreibung:

Die Regeln und Verfahren zum Umgang mit Interessenkonflikten und zur Sicherstellung der Integrität in den Bundesministerien sind reformbedürftig. Wir setzen uns diesbezüglich für Reformen ein. Dazu gehört:

- Anzeigepflichten zu finanziellen Interessen für Mitglieder der Bundesregierung, Parlamentarische Staatssekretär:innen und politische Beamte.
- Bei Besetzungs- und Vergabeverfahren definierte Haltepunkte, an denen Verfahrensbeteiligte aktiv nach möglichen Interessenverknüpfungen befragt werden.
- Eine unabhängige Aufsichtsstelle zur Sicherstellung der Compliance mit den Regeln.

Ausführlicher sind unsere Vorschläge zur Verbesserung der Compliance in Bundesministerien im Lobbyreport 2024 dargestellt: <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/lobbyreport-2024-web.pdf>

Betroffenes geltendes Recht:

BMinG [alle RV hierzu]; ParlStG 1974 [alle RV hierzu]; BBG 2009 [alle RV hierzu]; VwVfG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz /Open Government [alle RV hierzu]

6. Stärkung von Transparenz und Integrität von Bundestagsabgeordneten

Beschreibung:

Anknüpfend an die Reform des Abgeordnetengesetzes 2021 setzen wir uns für weitere Anpassungen ein, um Transparenz und Integrität von MdB zu stärken, den Umgang mit Interessenkonflikten zu verbessern und Einfallstore für einseitige Beeinflussung insbesondere durch finanzielle Anreize zu vermindern.

Im Einzelnen sollte:

- § 49 AbgG klarer und praxistauglicher gefasst werden
- Die Kostenübernahme von Dritten insb. bei Dienst- und Fraktionsreisen transparenter werden
- Lobbytätigkeiten während des Mandats und danach weitergehend eingeschränkt werden
- Anzeigepflichten zu finanziellen Interessen erweitert werden.

Ausführlicher sind unsere Forderungen zum Abgeordnetenrecht im Lobbyreport 2024 dargestellt: <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/lobbyreport-2024-web.pdf>

Betroffenes geltendes Recht:

AbgG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechtsstellung der Abgeordneten [alle RV hierzu]

7. **Erweiterte Karenzzeit-Regelung bei Wechsel in Lobbytätigkeiten**

Beschreibung:

Die im BMinG sowie ParlStG seit 2015 verankerte Karenzzeit-Regelung sollte ausgeweitet werden. Die derzeit maximale Karenzperiode von 18 Monaten für Wechsel in Tätigkeiten außerhalb des Öffentlichen Diensts sollte auf 36 Monate erhöht werden. Für den Fall der Nichteinhaltung der gesetzlichen Vorschriften sollten Sanktionen eingeführt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

BMinG [alle RV hierzu]; ParlStG 1974 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]

8. **Offenlegung von Terminen von hochrangigen Entscheidungsträger:innen in den Bundesministerien mit Interessenvertretungen**

Beschreibung:

Lobbytermine von Bundesminister:innen, Parlamentarischen Staatssekretär:innen und politischen Beamt:innen sollten proaktiv durch die Bundesregierung veröffentlicht werden. Die diesbezügliche Praxis der Europäischen Kommission kann hier als Vorbild dienen.

Interessenbereiche:

Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]

9. **Reform der Lobbyregisters (LobbyRG)**

Beschreibung:

Durch die Reform 2024 ist das LobbyRG deutlich verbessert worden. Allerdings wurden wesentliche im Koalitionsvertrag 2021 vereinbarte Vorhaben dabei nicht umgesetzt.

Wir setzen uns daher für eine weitergehende Reform ein in Bezug auf die Ausweitung des Anwendungsbereichs auch unterhalb der Ebene der Referatsleitungen. Die Ausnahmen von der Registrierungspflicht sollten zudem weiter eingegrenzt werden, insbesondere mit Bezug

auf Arbeitgeber- und -nehmerverbände sowie Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften.

Weitere Punkte sind in unserem Lobbyreport 2024 dargestellt: <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/lobbyreport-2024-web.pdf>

Betroffenes geltendes Recht:

LobbyRG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliches Recht [alle RV hierzu]

10. **Stärkung der unabhängigen Beratung der Bundesregierung in gesamtwirtschaftlichen Fragen**

Beschreibung:

Die Bestimmungen in § 1 Abs. 3 SachvRatG sollten erweitert werden, um die Unabhängigkeit der Mitglieder des Sachverständigenrats von wirtschaftlichen Einzelinteressen sicherzustellen und mögliche Interessenkonflikte sichtbar zu machen.

Betroffenes geltendes Recht:

SachvRatG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]

11. **Regulierung von Online-Plattformen wirkungsvoll durchsetzen und ergänzen**

Beschreibung:

Wir fordern die Bundesregierung auf, EU-Gesetze wie den Digital Services Act und den Digital Markets Act wirkungsvoll um- und durchzusetzen. Für eine Umsetzung müssen die zuständigen Behörden auf Bundes- und EU-Ebene gut ausgestattet und durchsetzungsfähig sein. Außerdem gilt es, bestehendes Wettbewerbs- und Kartellrecht konsequent anzuwenden und punktuell zu verschärfen, um der problematischen Monopolisierung des Marktes entgegen zu wirken.

Betroffenes geltendes Recht:

GWB [alle RV hierzu]; DDG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2503310169](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.03.2025 an:

Bundestag

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

870.001 bis 880.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (1):

1. **Schöpflin Stiftung, Lörrach**

Betrag: 140.001 bis 150.000 Euro

Zuwendung allgemein

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

860.001 bis 870.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

[Pruefbericht-2023_final.pdf](#)